bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 22 | 27. Oktober 2006

Rechte Szene 2

Verzögerungstaktik
Der Zündel-Prozess am Mannheimer Landgericht ist ein Event für Holocaust-Leugner – die einschlägigen Anwälte Rieger und Bock treten auch im Verfahren gegen Germar Rudolf auf.

„Unrecht der Sieger“
Braune Kader demonstrieren in Nürnberg gegen die „Ermordung der nationalsozialistischen Führung“ vor 60 Jahren und wollen das „Deutsche Reich wiederbekommen“.

„Heldenverehrung“
Neonazis gedenken dem Zweiten Weltkrieg und dem NS-Regime.

„Ausfall“ der Spitzenkader
Knast für Kölner „Führungskameraden“.

„Modellcharakter“
Rechtsextreme Gruppen und rechtslastige Bürgerbewegungen protestieren gegen den Bau von Moscheen.

Verhöhnung der KZ-Opfer
Anklage gegen sieben Männer aus Pretzien und Plötzky im Landkreis Schönebeck nach der Verbrennung des Tagebuchs der Anne Frank.

Ausland 6

„Kontrolle der Freimaurer“
Verschwörungstherorien eines Volksvertreters.

Der Traum vom Rassenkrieg
Rechtsextremisten in den USA treten gezielt in die Armee ein und wollen sich in Kampftaktik sowie im Umgang mit Waffen und Sprengstoffen schulen.

Seitenblick 8

Keine Denkbarrieren aufbauen
Sachsen-Anhalts Innenminister Hövelmann fordert eine breite verfassungspolitische Debatte über Mittel und Wege zu einem NPD-Verbot.

Grauzone 9

„Pathos der Kälte“
In den unter dem Buchtitel „Unsere Zeit kommt“ erschienenen Aussagen Karlheinz Weißmanns sind kaum Konturen einer eigenständigen politischen Theorie zu erkennen.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Rettung durch Auswanderung
Das Jüdische Museum in Berlin zeigt die Ausstellung „Heimat und Exil“.

„Persilscheine“
Die von den Alliierten versuchte „Entnazifizierung“ Nachkriegdeutschlands stieß in der Bevölkerung auf erheblichen Widerstand.

Meldungen 12

Rechte Szene

Verzögerungstaktik

Der Zündel-Prozess am Mannheimer Landgericht ist ein Event für Holocaust-Leugner – die einschlägigen Anwälte Rieger und Bock treten auch im Verfahren gegen Germar Rudolf auf.

Zwar darf die Rechtsanwältin Sylvia Stolz den Holocaust-Leugner Ernst Zündel in dessen Verfahren vor dem Mannheimer Landgericht nicht mehr verteidigen. Präsent bleibt die Anwältin, die Briefe mitunter mit „Heil Hitler" unterzeichnet, aber dennoch in der Verhandlung. Etwa wenn sie im Gerichtsgebäude Flugblätter unter die Leute bringt und dem Vorsitzenden Richter Ulrich Meinerzhagen ankündigt, was ihm nach der rechten Machtergreifung blüht: ein Hochverratsprozess nach dem Reichsstrafgesetzbuch.

Nach inzwischen 24 Verhandlungstagen scheint ein Ende der Beweisaufnahme in Sicht in einem Verfahren, das von Seiten der Verteidigung von einer Verzögerungstaktik, offenkundigem Antisemitismus und Provokationen, auch mancherlei Kuriositäten geprägt ist. Als eher skurril angesehen werden darf der Antrag, die Präsidenten Venezuelas und des Iran, Hugo Chavez und Mahmud Ahmadinedschad, als Zeugen zu hören.

Nicht ohne Grund hatte Meinerzhagen der Verteidigung – Jürgen Rieger, Ludwig Bock und Herbert Schaller vertreten Zündel – einen Missbrauch und die „exzessive Ausschöpfung des Antragsrechts" vorgehalten. Ihre Anträge – allein am 23. Verhandlungstag wurden rund zehn abgelehnt – dienten allein „dem Zweck der Prozessverschleppung". Sie seien zudem für die Verteidigung ein „Instrument der Propagierung politischer Überzeugungen". Mal wollten Zündels Wahlverteidiger bewiesen sehen, dass in Auschwitz keine Massenvernichtung stattgefunden haben könne, weil es dort keine Gaskammern gegeben habe. Mal beantragten sie die Aussetzung des Verfahrens bis zum Abschluss der vom Iran angekündigten Teheraner „Holocaust-Konferenz". Für die Anhängerschaft Zündels wurde die Verhandlung so zum Event. Holocaustleugnung unter dem Deckmantel der Verteidigung: Das lockt vor allem ältere Zündel-Fans – mal 50, mal 60 an der Zahl – ins Landgericht. Das Gericht reagierte, nachdem zwei Anwälte die Massenvernichtung in Zweifel gezogen hatten. Beweisanträge müssen seitdem zunächst in schriftlicher Form eingereicht werden. Wie es hieß, um der Gefahr zu begegnen, dass sich die Anwälte mit dem öffentlichen Vortrag ihrer Anträge selbst strafbar machen könnten.

Im November hofft Staatsanwalt Andreas Grossmann nun mit dem Plädoyer beginnen zu können. Verurteilt sehen will er den 67-jährigen Zündel wegen Volksverhetzung, Beleidigung und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Zündel habe via Internet und per „Germania-Rundbrief" den millionenfachen Mord an den Juden in der Zeit des Zweiten Weltkriegs geleugnet. Bis zum 8. Dezember sind sechs weitere Termine angesetzt.

Stolz und Mahler – die eine als Verteidigerin aus dem Mannheimer Verfahren ausgeschlossen, der andere als „Assistent" der Verteidigung – engagieren sich derweil anderweitig für ihren Gesinnungskameraden Zündel. Wie ein „Aktionskomitee Freiheit für Zündel" berichtete, referierten beide am 20. Oktober vor „freien und parteigebundenen Kräften des Nationalen Widerstandes der Rhein-Neckar-Region" in Mannheim. Schon der knappe Bericht des „Aktionskomitees" deutet an, dass die Veranstaltung ein Ausbund an Antisemitismus war: „Politisch hochgradig brisante Ausführungen" seien dort getätigt worden „zum Hauptproblem eines gewissen vorderasiatischen Mischvolkes", heißt es da. Und Mahler fabulierte dem Bericht zufolge über die „Nutznießer" des 1. und des 2. Weltkrieges, „welche heute noch die wichtigsten Schaltstellen der Welt kontrollieren".

Derweil darf das Landgericht Mannheim wohl einen weiteren langwierigen Prozess erwarten. Am 14. November beginnt das Verfahren gegen Germar Rudolf. Auch er ist wegen Leugnung des Holocausts angeklagt. Und auch in dieser Verhandlung fungieren Rieger und Bock als Verteidiger. Sie werden einen Mandanten vertreten, bei dem von Einsicht oder Reue keine Spur zu finden ist. Im Gegenteil: „Für mich ist es einfach", schrieb Rudolf Ende August in einem Brief aus der JVA Stuttgart-Stammheim, „ich bin sicher, dass ich richtig liege... Man kann mich mit einem menschlichen intellektuellen Boxer-Terrier vergleichen, und sie haben durch ihre Verfolgung den Fehler gemacht, mich aufs Blut zu provozieren. Jetzt reicht's."

Tomas Sager

„Unrecht der Sieger"

Braune Kader demonstrieren in Nürnberg gegen die „Ermordung der nationalsozialistischen Führung" vor 60 Jahren und wollen das „Deutsche Reich wiederbekommen".

Das Thema der Demonstration lockte nur rund 300 Neonazis nach Nürnberg. Unter denen, die sich am 14. Oktober vor dem historischen Nürnberger Justizgebäude versammelt hatten, um „60 Jahre nach der Ermordung der nationalsozialistischen Führung des Deutschen Reiches" das „Rachetribunal der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges" anzuprangern, waren viele Führungskader der bundesweiten Kameradschaftsszene, so unter anderem René Rodriguez-Teufer vom „Aktionsbüro Rhein-Neckar", der langjährige Anti-Antifa-Aktivist Norman Kempken, Willy Wiener, Organisationsleiter der „Kameradschaft Asgard Ratisbona" aus Regensburg, Mirko Appelt vom „Selbstschutz Sachsen-Anhalt" und Andreas Biere von der „Festungsstadt Magdeburg" sowie der umstrittene Freie Nationalist Claus Cremer aus Bochum. Von der verbotenen „Fränkischen Aktionsfront" (FAF) war einer der Paulus-Brüder beteiligt und eine neue Gruppe trat auf, sie nannte sich „Fränkischer Heimatschutz". Die bayerischen Jungen Nationaldemokraten war durch Norman Bordin und Martina Maal vertreten. Der beteiligte Lohrer Aktivist Matthias Bauerfeind ist auch Anmelder der rassistischen Demonstration am 28. Oktober in Ochsenfurt unter dem Motto „Multikulti-Terror entgegentreten".

Von der NPD in Bayern waren auffällig wenig Parteikameraden vertreten, nicht mal Stadtrat Ralf Ollert, der auch NPD-Landesvorsitzender ist, erschien. Einzig Uwe Meenen aus Würzburg suchte immer wieder den Kontakt zur Organisationsleitung.

Organisator Christian Malcoci, ehemaliger Anführer der verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiter-Partei (FAP) wertete in seiner Pressemitteilung den Aufmarsch als Zeichen, „dass die derzeitige Parteiführung (der NPD) auf den Schulterschluss mit der radikalen Basis nicht verzichten will". Zu den Hauptrednern zählten der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger und der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, neben Sven Skoda, Norman Bordin und Marcel Wöll.

Die Aktivistin der ehemaligen „Sauerländer Aktionsfront" Daniela Wegener las einen endlosen Vortrag von Zetteln ab. Der sollte als Überblick über das „Unrecht der Sieger" dienen, denn hier in Nürnberg sei nicht „Recht, sondern Rache" gesprochen worden, wie sie betonte. Wohl mehr als zufällig gleicht das Motto der Neonazis dem Titel der Biografie des berühmten jüdischen Nazi-Jägers Simon Wiesenthal.

„Türken und Jüdische Gemeinde sind keine Deutschen"

Militärfreak Ralph Tegethoff gedachte wie gewohnt ausschließlich der gefallenen „deutschen Soldaten". So benannte er diverse Teile der Wehrmacht. Unter anderem hieß es: „Wir rufen die Toten der Waffen-SS". „Hier!" skandierte die braune Menge.

Der hessische NPD-Landesvorsitzende Marcel Wöll, Organisator einer „nationalen Tagesschau" im Internet, brüllte ins Mikrophon: „Wir stehen hier, weil vor 60 Jahren die deutsche Regierung gehenkt wurde". Er verlas eine Grußbotschaft des österreichischen Revisionisten Gerd Honsik. Einige Redner griffen Gegendemonstranten verbal an, so war davon die Rede, dass „Fahne schwenkende Türken" und Jüdische Gemeinde „keine Deutschen sind" und nicht „hierhingehören".

Jürgen Rieger reduzierte den Massenmord der NS-Verbrecher auf einen „Angriffskrieg, von dem wir heute wissen, dass er ein Präventionskrieg gewesen ist", denn Riegers Ansicht nach habe Polen „1939 bereits mobil gemacht". Rieger forderte, dass demnach auch europäische Politiker nach 1945 hätten gehenkt werden müssen, so hetzte er unter anderem: „Aufgehängt hätte werden müssen Bundeskanzler Schröder, weil er einen illegalen Angriffskrieg gegen Jugoslawien geführt hat". NPD-Neumitglied Rieger warb für die rechtsextreme Partei, sie sei die Speerspitze dafür, „dass wir es wiederbekommen, unser Deutsches Reich!"

Andrea Röpke

„Heldenverehrung“

Neonazis gedenken dem Zweiten Weltkrieg und dem NS-Regime.

Unter dem Motto „Die Vergangenheit strömt in hundert Wellen in uns fort!“, mobilisiert der neonazistische „Freundeskreis Halbe“ wieder zum „Heldengedenken“ am 18. November im brandenburgischen Halbe.

In Halbe marschieren alljährlich Neonazis am Vorabend des Volkstrauertages auf. Halbe ist die größte Kriegsgräberstätte Deutschlands. Über 23 000 Kriegstote haben dort ihre letzte Ruhestätte. Der Ort ist deshalb für Neonazis von großer symbolischer Bedeutung. 800 „volkstreue Menschen“ fanden sich im vergangenen Jahr zum „Heldengedenken“ in Halbe ein. Neben dem Aufmarsch in Halbe führt das Neonazi-Spektrum zum Volkstrauertag auch an anderen Orten Veranstaltungen durch, um das NS-Regime im revisionistischen Sinne von der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg zu entlasten.

Redner auf dem diesjährigen „Heldengedenken“ in Halbe sind unter anderem Otto Riehs, Reinhold Leidenfrost, Birger Lüssow und Ralph Tegethoff. Riehs und Leidenfrost gehören der NS-Erlebnisgeneration an und sind auch in hohem Alter vielgefragte Redner in der rechtsextremen Szene. Der „verdiente Frontsoldat“ („Der Freiwillige“) Riehs wurde im September 1943 mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet, nachdem er innerhalb von zwölf Minuten zehn sowjetische Panzer abgeschossen hatte. Leidenfrost war in der NS-Zeit Flugzeugführer des Jagdgeschwaders 102 und lebte bis vor wenigen Jahren im südafrikanischen Kapstadt. Der untergetauchte Hardcore-Neonazi Gerd Ittner bezeichnet Leidenfrost als „väterlichen Freund“.

Birger Lüssow ist frischgebackener NPD-Landtagsabgeordneter in Mecklenburg-Vorpommern und wurde zuvor der Kameradschaft „Aktionsgruppe Festungsstadt Rostock“ zugerechnet. Ralf Tegethoff, Ex-Kader der verbotenen Neonazi-Organisationen Wiking-Jugend und FAP, gehört nach Erkenntnissen des NRW-Verfassungsschutzes „seit Jahren zu den wichtigsten bundesdeutschen Neonazis“.

Anton Maegerle

„Ausfall“ der Spitzenkader

Knast für Kölner „Führungskameraden“.

Die „Führungskameraden“ genannten Kader der Neonaziszene achten darauf, dass das Fußvolk bei Demos nicht aus der Reihe tanzt. Mögen die Auflagen, was Uniformierung, Marschformationen und Parolen anbelangt, aus ihrer Sicht noch so hinderlich sein – die Demo darf tunlichst nicht gefährdet werden. Anders sieht es aus, wenn man sich – zum Beispiel nach dem Aufmarsch – unbeobachtet fühlt: Da schlagen auch jene „Führungskameraden“ mal zu, die sich sonst die Hände nicht schmutzig machen.

Vor dem Amtsgericht Mayen hatte sich am 24. Oktober der 35-jährige Paul Breuer zu verantworten, in Kölns Neonazi-Szene die Nummer 2 hinter Axel Reitz, der zurzeit wegen Volksverhetzung einsitzt. Vorwurf der Anklage: gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung. Mit 20 bis 30 „Kameraden“ hatte Breuer nach einer Demonstration am 13. Mai 2006 in Koblenz die Regionalbahn Richtung Bonn geentert. Aggressiv und provozierend zogen sie durch die Waggons und trafen schließlich auf drei junge Leute, die ihnen irgendwie „links“ erschienen. Einen 24-Jährigen knöpfte sich Breuer besonders vor. Er suchte nach linken Buttons, und – als er keine fand – riss er ihm die Jacke auf, um zu sehen, ob er wenigstens ein „verräterisches“ T-Shirt trug. Tatsächlich tauchte der Name einer Punkband auf. Das reichte Breuer offenbar, um zuzuschlagen. „Als wäre das der Startschuss gewesen, prügelten acht Neonazis auf mich ein“, erinnerte sich das Opfer vor Gericht. Bei Schlägen blieb es nicht. Der mitangeklagte Lohmarer Neonazi Stephan Sieben (35) würgte den 24-Jährigen, und ein unbekannt gebliebener Mittäter versetzte ihm Tritte gegen die Schläfe.

Zwei Jahre und zwei Monate muss Breuer für die Attacke nun absitzen. Sieben erhielt 18 Monate auf Bewährung. Während Breuer das Mayener Urteil akzeptierte, ist eine Entscheidung des Amtsgerichts Trier – sechs Monate Haft wegen Volksverhetzung – noch nicht rechtskräftig. So oder so: Nach dem „Ausfall“ von Reitz müssen Kölns Neonazis für geraume Zeit auch noch auf einen zweiten „Führungskameraden“ verzichten.

Tomas Sager

„Modellcharakter“

Rechtsextreme Gruppen und rechtslastige Bürgerbewegungen protestieren gegen den Bau von Moscheen.

Der Stadtteil Pankow-Heinersdorf im Nordosten Berlins ist seit Monaten in den Schlagzeilen. Seit dort die islamische Ahmaiyya-Gemeinde eine Moschee errichten will, regt sich heftiger Bürgerprotest. An mehreren Protestaktionen beteiligten sich auch bekannte Rechtsextremisten. So marschierten am 7. Juni dieses Jahres knapp zwei Dutzend Mitglieder von NPD und Freien Kameradschaften auf einer Anti-Moschee-Demonstration mit. Bei der Abschlusskundgebung wurde die Parole „Rechts, rechts, rechts wollen wir stehen“ skandiert.

Auch in anderen Gegenden versuchen sich Rechtsextremisten mit dem Widerstand gegen den Bau von Moscheen zu profilieren und Anhänger zu gewinnen. So ruft die NPD am 4. November im Bremer Stadtteil Gröpelingen zu einer Demonstration auf, auf der neben dem NPD-Landesvorsitzenden Horst Görmann auch der NPD-kritische Freie Nationalist Christian Worch als Redner angekündigt ist. Die geplante Route soll unter anderem an einem jüdischen Altersheim und einer Moschee vorbeiführen.

Die rechtsextreme Bürgerbewegung pro Köln vermeldet auf ihrer Homepage, im gesamten Kölner Stadtgebiet 15 000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren gegen einen Moscheebau in der Domstadt gesammelt zu haben. Pro Köln versteht diese Unterschriften als Votum „gegen die weitere Islamisierung unserer Stadt und gegen den fortschreitenden Multikulti-Wahnsinn“. Der Vorsitzende Markus Beisicht sieht in dem Bürgerbegehren ein Pilotprojekt. Es habe „absoluten Modellcharakter“, dass Rechte mit den Mitteln der direkten Demokratie arbeiteten.

Im Duisburger Stadtteil Marxloh hingegen dürften es Rechtsextreme schwerer haben, gegen den schon im Rohbau befindlichen Moschee-Neubau zu protestieren. Schließlich hat mit dem Bauunternehmer Günther Kissel ein bekannter Finanzier rechtsextremer Organisationen den Zuschlag für den millionenschweren Bau bekommen. Schon in der Vergangenheit gab es Proteste, als Kissel, der laut einem Gerichtsurteil als „rechtsextremistischer Drahtzieher“ bezeichnet werden darf, den Zuschlag für den Erweiterungsbau der Geschwister-Scholl-Schule in Solingen bekam.

Eine wichtige Rolle bei der bundesweiten Koordinierung der Proteste gegen den Bau von Moscheen spielt der Bundesverband der Bürgerbewegungen zur Bewahrung von Demokratie, Heimat und Menschenrechten e.V. (BDB) mit Sitz in Weikersheim. Gegründet wurde er im Jahr 2003 als Zusammenschluss von lokalen Initiativen gegen den Bau von Moscheen. Die Organisatoren betonen, dass sie sich in der Mitte der Gesellschaft bewegen würden. Allerdings gab der BDB-Vorsitzende Wolfgang Schrauth der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ ein längeres Interview. Im September 2003 sorgte ein von der rechtsgerichteten Unabhängigen Bürgergemeinschaft organisierter Vortrag von Schrauth in der norddeutschen Stadt Achim für Tumult und einer heftigen Debatte in der Lokalpresse. Das Achimer „Kreisblatt“ schrieb am 22. September 2003 über diese Veranstaltung, für die in der „Jungen Freiheit“ und in der „Deutschen Stimme“ geworben wurde und an der auch Rechtsextremisten teilnahmen: „Die Vorfälle eskalierten, als der Redner auf den Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime in Deutschland Elyas einging und dann wörtlich sagte: ‘Solche in Deutschland lebenden Personen dürfen nicht hofiert werden, sondern müssen eliminiert werden.’“

Der Publizist Eberhard Seidel zählt den BDB eindeutig zu den „rechtsgerichteten Organisationen“. „Ihr Widerstand gilt vor allem dem Bau neuer Moscheen, ihre größte Sorge der Fruchtbarkeit der Muslime“, schrieb er in der TAZ. Im Selbstverständnis der Organisation heißt es dazu: „In einem engen Zusammenhang mit dem explosionsartigen Wachstum der muslimischen Bevölkerung muss man die negative demographische Entwicklung der deutschen Bevölkerung sehen.“

Ein weiterer Schwerpunkt des BDB ist der Kampf gegen die EU-Mitgliedschaft der Türkei. Nach Angaben des Münchner Rechtsextremismusexperten Nikolaus Brauns beteiligte sich die von Alfred Mechtersheimer gegründete Deutschlandbewegung im Jahr 2004 aktiv an einer vom BDB organisierten Petitionskampagne an den Bundestag, die sich gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei in die EU aussprach.

Peter Nowak

Verhöhnung der KZ-Opfer

Anklage gegen sieben Männer aus Pretzien und Plötzky im Landkreis Schönebeck nach der Verbrennung des Tagebuchs der Anne Frank.

Die Magdeburger Staatsanwaltschaft wirft den jungen Männern im Alter zwischen 23 und 28 Jahren unter anderem Volksverhetzung vor. Damit haben sie ein Strafmaß von bis zu fünf Jahren Haft zu erwarten. Die Männer hatten beim traditionellen Sonnenwendfest in Pretzien am 24. Juni dieses Jahres unter anderem eine amerikanische Flagge und ein Exemplar des Tagebuches der Anne Frank öffentlich verbrannt. „Das war eine Verhöhnung des jüdischen Mädchens und mit ihr sämtlicher Opfer der Konzentrationslager des NS-Regimes“, sagte ein Sprecher der Magdeburger Staatsanwaltschaft. „Mit der Buchverbrennung ist die nationalsozialistische Gewaltherrschaft verherrlicht und die Verfolgung europäischer Juden im Dritten Reich verharmlost beziehungsweise geleugnet worden.“

Als derjenige, der bei der Sonnenwendfeier, die vom inzwischen aufgelösten „Heimat Bund Ostelbien“ ausgerichtet worden war, das Buch ins Feuer geworfen hat, ist aufgrund der Ermittlungen ein 27-Jähriger identifiziert worden, der seit 2002 wegen Fahrens unter Alkoholeinfluss vorbestraft ist. Ein anderer Beschuldigter ist bereits im Jahr 1999 vom Amtsgericht Schönebeck wegen Volksverhetzung verurteilt worden. Auch weitere Männer, die jetzt unter Anklage stehen, sind nach Angaben der Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit eindeutig rechtsextremen Straftaten polizeibekannt.

Der Vorfall im Juni, der bundesweit für Empörung gesorgt hatte, war Tage später noch einmal in die Schlagzeilen geraten, nachdem Magdeburgs Polizeipräsidentin Monika Liebau-Foß gravierende Einsatzfehler ihrer Beamten einräumen musste. Einer der beiden Beamten, die aufgrund einer anonymen Anzeige zu der Sonnenwendfeier geschickt worden waren, konnte mit dem Namen Anne Frank überhaupt nichts anfangen. Der zweite Beamte konnte sich schwach an den Namen erinnern und meldete den Vorfall an die Einsatzzentrale. Aber auch der Diensthabende dort wusste mit dem Buchtitel nichts anzufangen.

Eberhard Löblich

Ausland

„Kontrolle der Freimaurer“

Verschwörungstherorien eines Volksvertreters.

Ewald Stadler (Jg. 1961), exponierter Vertreter des deutschnationalen Flügels der FPÖ und jetzt wieder in den Nationalrat gewählt, sorgt für Schlagzeilen in Österreich. Das Nachrichtenmagazin NEWS enthüllte, dass Stadler während seiner Tätigkeit als geschäftsführender FPÖ-Klubobmann im Nationalrat von 1996 bis 1999 „Mega-Spesen“ (NEWS) in Höhe von knapp 3 Millionen Schilling verrechnet habe.

Öffentlich bekannt wurde auch ein Vortrag von Stadler, Präsident der Freiheitlichen Akademie, dem Think Tank der FPÖ, den er am 23. September vor dem „Initiativkreis katholischer Laien und Priester in Wien, Niederösterreich und Burgenland“ hielt. Dort offenbarte Stadler, so eine rechtsklerikale Homepage, sein verschwörungstheoretisches Weltbild über „Vernetzungen zwischen Politik und Freimaurerei“. Laut Stadler stehe die freimaurerische Weltverschwörung hinter Revolutionen und Umstürzen, alle Staaten versuche sie unter ihre „Kontrolle“ zu bringen. Stadler, Alter Herr der schlagenden Univ. Sängerschaft Skaldent Innsbruck, pflegt seit Jahren Kontakt zur rechtsklerikalen Priesterbruderschaft St. Pius X., einer Abspaltung der katholischen Kirche.

Seine politische Karriere startete Stadler 1985 als Gemeindevertreter. Von 1994 bis 1999 war er FPÖ-Abgeordneter im Nationalrat, von 1998 bis 2003 stellvertretender FPÖ-Landesobmann in Niederösterreich. Im Sommer 2002 gab Stadler in einem Interview kund, dass Österreich 1945 bloß „angeblich von Faschismus und Barbarei befreit worden“ sei. Zwischen der Ära der Nazis und der „Besatzung“ der Alliierten habe nur ein „weltanschaulicher Unterschied“ bestanden. Er wolle nicht bewerten, welche der „Besatzungsmächte“ die schlimmere gewesen sei. Bei einer Sonnwendfeier am 21. Juni 2002 hatte Stadler erklärt: „Und 1945 ... sind wir angeblich vom Faschismus und von der Tyrannei befreit worden, und in die nächste Tyrannei geraten, insbesondere hier auf diesem Boden, auf dem wir uns heute befinden“.

Anton Maegerle

Der Traum vom Rassenkrieg

Rechtsextremisten in den USA treten gezielt in die Armee ein und wollen sich in Kampftaktik sowie im Umgang mit Waffen und Sprengstoffen schulen.

Begünstigt durch den Irak-Krieg ist es in den letzten Jahren einer beträchtlichen Anzahl von Anhängern rassistischer oder nationalsozialistischer Ideologien und Organisationen gelungen, in die US-Armee einzutreten. Dies geht aus einem vor wenigen Wochen veröffentlichten Bericht der Bürgerrechtsgruppe The Southern Poverty Law Center (SPLC) hervor, der sich vor allem auf interne Untersuchungsergebnisse des Verteidigungsministeriums in Washington stützt. Rechtes Gedankengut sei demzufolge in fast allen Bereichen der Streitkräfte präsent. Die tatsächliche Zahl der in extremistische Aktivitäten verwickelten Soldaten dürfte in die Tausende gehen. Diese profitieren dabei in erheblichem Maße von den aufgrund des Mangels an Rekruten für den Einsatz im Nahen Osten gelockerten Anforderungen. Alarmiert sind die Behörden spätestens, seitdem in Bagdad Graffiti-Symbole der „White Supremacy"-Bewegung Aryan Nations aufgetaucht sind.

Heftige Kritik üben die internen Ermittler am nachlässigen Umgang der Armeeführung mit dem Problem. So würde das Anwerbepersonal häufig Tätowierungen ignorieren und Neonazis und Skinheads wissentlich Zugang zu den Streitkräften ermöglichen, um die eigenen Rekrutierungsquoten zu erfüllen. Selbst die eindeutige Identifizierung von Extremisten oder Gangmitglieder führte in der Vergangenheit meist nicht zur Entlassung der betreffenden Personen aus dem Militär, obwohl dies die Statuten verlangen. Allein für das Jahr 2005 werden die Fälle von 320 Rechtsextremisten dokumentiert, von denen bislang lediglich zwei aus dem Dienst ausgeschieden sind.

Welche Gefahr eine Unterwanderung hochmoderner Streitkräfte birgt, liegt auf der Hand. Die Rechten nutzen den Armeedienst, um die bestmögliche Ausbildung in Kampftaktik sowie im Umgang mit Waffen und Sprengstoffen zu erlangen. Im Traum von einer professionellen „Arischen Kriegerbruderschaft" (Aryan Warrior Brotherhood) ermutigen führende Neonazis ihre Leute immer wieder, sich zur Armee zu melden. Empfohlen werden die leichten Infanterieeinheiten, deren Ausbildung im Nah- und Häuserkampf als optimale Vorbereitung auf den angeblich bevorstehenden „Rassenkrieg" und die „ethnische Säuberung" des Landes angesehen werden.

Tötung von Nicht-Weißen

Der brisante SPLC-Bericht erscheint zehn Jahre nach der umfangreichsten Extremismus-Untersuchung in der Geschichte der US-Armee. Im Dezember 1995 wurde ein afroamerikanisches Ehepaar in der Nähe des Militärstützpunktes Fort Bragg im Bundesstaat North Carolina von zwei Angehörigen der dort stationierten 82. US-Luftwaffeneinheit erschossen. Die Elitesoldaten waren Mitglieder einer rassistischen Skinhead-Gang mit engen Kontakten zu Aktivisten der National Alliance. Ihre Opfer hatten die Neonazis willkürlich ausgesucht, um sich ihre ersten „Spinnennetz-Tätowierungen" zu verdienen, ein Symbol für die Tötung von Nicht-Weißen. 19 Angehörige der Einheit wurden unehrenhaft entlassen, die beiden Mörder zu lebenslanger Haft verurteilt. Im April des gleichen Jahres hatte der Golfkriegsveteran Timothy McVeigh in Oklahoma City einen Bombenanschlag auf das Gebäude einer Bundesbehörde verübt, bei dem 168 Menschen starben. Wie sich herausstellte, war auch McVeigh während seiner Dienstzeit in der US-Armee mit rechten Ideen in Kontakt gekommen und rekrutierte später sogar zwei ehemalige Kameraden als Helfer für sein Vorhaben. Als Inspiration für das Attentat diente das von der Neonazi-Ikone William Pierce verfasste Terrorhandbuch „The Turner Diaries", in dem eine rassistische Untergrundarmee die amerikanische Regierung stürzt und einen „weißen Staat" errichtet.

Heute, gibt der Bericht jedoch zu bedenken, agierten Rechtsextremisten im US-Militär weitaus vorsichtiger und seien schwerer zu demaskieren als die Mitglieder einer durchschnittlichen rechten Straßengang. Zur regen Kommunikation dient ein Online-Netzwerk, durch das die Identitäten der Gesinnungsgenossen geschützt bleiben. Genutzt werden ebenso geheime Zeichen und externe Foren wie das Neonazi-Portal „Stormfront". „Es gibt viele von uns in den Streitkräften", schrieb dort vor einiger Zeit ein anonymer Soldat, „ihr seid niemals allein".

Michael Funk

Seitenblick

Keine Denkbarrieren aufbauen

Sachsen-Anhalts Innenminister Hövelmann fordert eine breite verfassungspolitische Debatte über Mittel und Wege zu einem NPD-Verbot.

Die Debatte über einen erneuten Vorstoß mit dem Ziel eines Verbotes der rechtsextremen NPD ist neu entfacht. Aber kaum haben Peter Struck und die Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktionen den Anstoß dafür gegeben, kommt von vielen Seiten der Einwand, dass eine erneute Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht einen politischen Erfolg für die NPD bedeuten würde, der sie letztlich noch stärker machen würde.

Das sei ebenso richtig wie banal, findet Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann. „Kein Mensch will ein Verbotsverfahren anstrengen, solange es keine realen Erfolgsaussichten in Karlsruhe gibt“, meint der Minister. „Aber die taktische Frage nach den Erfolgsaussichten muss am Ende einer Debatte über den Sinn des Verbotes stehen.“ Würde diese Frage bereits am Anfang gestellt, würde sie wie eine Denkbarriere wirken, die eine gesellschaftliche Diskussion über eine brennend aktuelle politische Frage blockiert: „Nämlich die Frage, ob der Staat zum Schutz der Demokratie und der Demokraten vor der Gefahr von rechts das Parteienverbot jetzt braucht“, sagt Hövelmann.

Seit der Einstellung des ersten Verbotsverfahrens gegen die NPD durch die Karlsruher Richter sei eine ganze Reihe neuer Tatsachen aufgetreten. Hövelmann verweist auf die Wahlerfolge der NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, aber auch auf die zunehmende regionale Verankerung der rechtsextremen Partei in zahlreichen Kommunalparlamenten nicht nur in Sachsen. Aber gerade die parlamentarische Praxis dort zeige, wes Geistes Kind die Vertreter die Vertreter dieser Parteien seien. „Verachtung für die Demokratie, Verspottung der Opfer des NS-Terrors, antisemitische Provokationen und Hass gegen Ausländer und anders Denkende kennzeichnen ihre politischen Aktivitäten“, zählt Hövelmann auf. „Mit dem Deutschland-Pakt zwischen NPD und DVU haben rechtsextreme Parteien zudem ihre wahlpolitische Zersplitterung zumindest teilweise überwunden“. Rechtsextreme Abgeordnete seien mittlerweile in vier Landesparlamenten vertreten.

Zudem habe die NPD unter Udo Voigt begonnen, freie Nationalisten und Angehörige neonazistischer Kameradschaften systematisch zu integrieren. Hövelmann verweist auf zahlreiche Vorfälle von kriminellen Einschüchterungsversuchen gegenüber politischen Gegnern, so im Wahlkampf von Mecklenburg-Vorpommern.

„Die Blockade des Verbotsverfahrens durch eine qualifizierte Minderheit von Verfassungsrichtern 2003 hat die Verfassungsorgane in eine politische Zwickmühle gebracht“, folgert der Minister. Eine Partei, die so radikal, politisch gefährlich und von kriminellen Elementen durchsetzt sei, dass sie schon allein im Interesse der Gefahrenabwehr überwacht werden müsse, dürfe allein deshalb nicht verboten werden. „Legislative und Exekutive stehen scheinbar vor der Alternative, entweder die Beobachtung der Partei einzustellen, um das prozessuale Hindernis für ein Verbot zu beseitigen oder auf ein Verbot dauerhaft zu verzichten, um Beobachtung und Repression weiter zu ermöglichen.“ Beide Wege seien aber politisch falsch und würden letztlich den Rechtsextremen nützen. Schon die zunehmende Integration neonazistischer Kameradschaften durch die NPD mache es unmöglich, auf die Beobachtung seitens des Verfassungsschutzes zu verzichten. Auch der dauerhafte Verzicht auf ein Verbot könne nicht in Betracht kommen. „Der legale Status der NPD als Partei bietet den Rechtsextremen nicht nur die Möglichkeit, ihr Gedankengut ungehindert zu verbreiten, er verschafft ihnen durch die Wahlkampfkostenerstattung und die Finanzierung ihrer Fraktionen auch noch staatliche Fördermittel, die ausgezahlt werden müssen, auch wenn ihr Missbrauch absehbar ist.“

Hövelmann plädiert deshalb für eine breite verfassungspolitische Debatte darüber, welche Mittel der Staat zur Abwehr der Gefahr von rechts einsetzen muss und darf und wie der Zugang zu diesen Mitteln eröffnet werden kann. Das Strafgesetzbuch beinhalte ausdrücklich die Straftatbestände des Leugnens, Verharmlosens und Billigens des Völkermordes. „Entsprechend sollten wir mit den politischen Erben des deutschen Faschismus umgehen“, fordert Hövelmann.

Eberhard Löblich

Grauzone

„Pathos der Kälte“

In den unter dem Buchtitel „Unsere Zeit kommt“ erschienenen Aussagen Karlheinz Weißmanns sind kaum Konturen einer eigenständigen politischen Theorie zu erkennen.

Karlheinz Weißmann gilt als gegenwärtiger „Kopf“ der deutschen „Neuen Rechten“: Als Autor zahlreicher Bücher und Aufsätze machte er in den letzten Jahren auf sich aufmerksam. Nun legt die dem Institut für Staatspolitik nahe stehende „Edition Antaios“ ein längeres Interview mit Weißmann als Buch unter dem Titel „Unsere Zeit kommt“ (Schnellroda 2006) vor. Es liefert einige interessante Aussagen zu dessen demokratie- und ideologietheoretischer Einschätzung. Die Fragen stellte Götz Kubitschek, der den Interviewten im Vorwort als einen seiner Mentoren huldigt und etwa von dessen „Pathos der Kälte“ (S. 11) schwärmt.

Eine beachtenswerte Frage lautet: „Sind unter den Fraktionen der Konservativen Revolution die Jungkonservativen der konstruktive Teil? In deren Tradition sehen Sie sich doch, nicht wahr?“ Weißmann antwortet: „Ja, das stimmt“ (S. 34). Damit legt er ein offenes Bekenntnis zu jener Form des „antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik“ (Kurt Sontheimer) ab, welcher es nicht um Detailkritik am, sondern um die vollständige Verwerfung des seinerzeitigen demokratischen Verfassungsstaates ging. Dies schloss insbesondere auch die fundamentale Verwerfung von dessen grundlegenden Normen und Prinzipien ein.

Schließlich fordert Kubitschek Weißmann dazu auf, eine Einordnung seiner Person an Hand von sechs Kriterien vorzunehmen. Dazu heißt es: „Parole: Geheimes Deutschland! Hauptfeind: Die Dekadenz. Köpfe: Friedrich Nietzsche, Ernst Jünger, Arnold Gehlen, Armin Mohler. Referenzepochen: Das Ottonische und das Staufische Reich, Preußen im 18. Jahrhundert, die deutschen Erhebungen von 1813, 1944 und 1953. Ideologe: Heinrich I., Friedrich II., Friedrich der Große, Stein, Gneisenau, Bismarck, Stauffenberg. Filme: ‘Der große König’ (Veit Harlan, 1940), ‘Die sieben Samurai’ (Akira Kurosawa, 1954), ‘Stauffenberg’ (Jo Baier, 2004)" (S. 46).

Mit Ausnahme des Verweises auf das Jahr 1953, wobei der Arbeiteraufstand aber als nationale Erhebung gedeutet wird, gibt es keine Bezüge auf die demokratische und republikanische Tradition deutscher Ideen- und Realgeschichte. Jünger und Nietzsche waren bekanntlich rigorose Verächter der Demokratie, Mohler bekannte sich selbst als „Faschist“ und Gehlen konnte aufgrund seines frühen NSDAP-Eintritts im NS-Staat schnell wissenschaftliche Karriere machen, seine nach 1945 erfolgte Mäßigung ist zumindest umstritten. Auch die Bezüge auf den militärischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus standen nicht in der Tradition eines demokratischen Konservativismus, traten dessen Akteure doch für eine autoritäre Staatsordnung allerdings auf rechtsstaatlicher Grundlage ein.

Insofern erlauben die vorgenannten Zitate demokratietheoretisch eine recht klare Einordnung Weißmanns. Ideologietheoretisch betrachtet bleiben seine Aussagen aber relativ vage. Die drei Grundlagen „1. Der Mensch ist ein riskiertes Wesen; 2. Der Mensch ist auf Ordnung angewiesen; und 3. Die Existenz des Menschen ist eine historische“ (S. 14) stellen mehr oder minder „Leerformeln“ (Topitsch) dar, welche mit den unterschiedlichsten Inhalten gefüllt werden könnten. Die Klagen gegen das angeblich verderbliche Wirken der 68er und Linken oder über die Wirkung der „Gleichmacherei“ auf die „organischen Formen“ (S. 18) bilden kaum die Konturen einer eigenständigen politischen Theorie. Selbst Kubitschek fühlte sich motiviert, einmal zu bemerkten: „... kann man das auch positiv formulieren?“ (S. 13).

Ansonsten setzt Weißmann wohl für die Zukunft auf autoritäre Lösungen: „Aber in der Not spürt jedes Volk, das noch über einen hinreichend großen Willen zur Selbsterhaltung verfügt, dass nur diese Männer es retten können, dass nur ‘starken Männern’ gelingen kann, was die Schwätzer niemals erreichen werden“ (S. 81). Auch an peinlichen Selbstgefälligkeiten mangelt es in dem Interviewband nicht: Kubitschek fragt in einem anderen Zusammenhang: „Wer sind die richtigen Leute?“ und Weißmann antwortet: „Wir“ (S. 74). Auch hier zeigt sich, dass die deutsche Neue Rechte in Sachen Theoriefähigkeit doch weit hinter die Strömungen im europäischen Ausland zurückfällt.

Armin Pfahl-Traughber

Blick in die Zeitgeschichte

Rettung durch Auswanderung

Das Jüdische Museum in Berlin zeigt die Ausstellung „Heimat und Exil".

Es ist so leicht dahin gesagt: Dieser oder jener jüdische Deutsche habe den Holocaust im Exil überlebt. Wie schwierig und dramatisch die Auswanderung aus Deutschland nach 1933 jedoch war und dass sie nicht allen gelang, das zeigt jetzt eine Ausstellung im Jüdischen Museum Berlin.

Unter dem Titel „Heimat und Exil" wird erstmals die Geschichte der Emigration von rund 278 500 Juden aus Deutschland in weltweit mehr als 100 Länder in einer Gesamtschau gezeigt. Mit großem Materialreichtum dokumentiert die Ausstellung den Wandlungsprozess in Nazi-Deutschland: Wurde in den Anfangsjahren die Emigration von Juden durchaus begrüßt, so war eine Flucht mit Beginn des zweiten Weltkriegs nur noch unter schwierigsten Bedingungen möglich.

Zudem verlagerten sich die Emigrationsziele im Verlauf des Krieges. Anfangs zählte etwa die Tschechoslowakei zu den bevorzugten Auswanderungsländern vieler Politiker, Publizisten und Künstler. Dort fanden zunächst auch viele deutsche Sozialdemokraten Aufnahme. Friedrich Stampfer etwa fungierte in Prag als Chefredakteur des „Neuen Vorwärts" und war an der Erarbeitung des SPD-Exilprogramms „Prager Manifest" beteiligt.

Mit der Besetzung der Tschechoslowakei durch die Nationalsozialisten emigrierten viele jüdische Deutsche ein weiteres Mal: etwa der Künstler Helmut Herzfeld – später John Heartfield –, der in Prag Bilder in der „Arbeiter-Illustrierte Zeitung" veröffentlich hatte, nach Großbritannien. Ein ähnlich nahe liegender Fluchtpunkt waren die Niederlande, insbesondere Amsterdam. Doch auch hier erschwerten sich die Bedingungen für die Auswanderer aus dem Nachbarland von Jahr zu Jahr. 1938, nach dem Anschluss Österreichs an NS-Deutschland, schlossen die Niederländer gar die Grenze, weil sie eine Massenflucht befürchteten.

„Heimat und Exil" präsentiert neben den Länderbeispielen immer wieder auch exemplarische Einzelschicksale. So wird etwa Fritz Meyer porträtiert, in Deutschland einst selbständiger Handelsvertreter, in Amsterdam Gründer einer Trikotagenfabrik. Dort schaffte er gleichermaßen Arbeitsplätze für Niederländer wie für deutsch-jüdische Emigranten. In ihrem Metier arbeiten konnten Hermann Kesten und Walter Landauer, vormals beim Verlag Kiepenheuer in Berlin und Potsdam. In Amsterdam bauten sie die deutsche Abteilung im Allert de Lange Verlag auf und publizierten Literatur emigrierter beziehungsweise in Deutschland „verbotener" Schriftsteller.

Frankreich nahm allein 1933 zwischen 25 000 und 30 000 deutsche Juden auf, und damit die größte Zahl in ganz Europa. Für viele Auswanderer war Frankreich allerdings Durchgangsstation, zumal auch hier die Lebensbedingungen nach der Besetzung des Nordens 1940 erheblich schwerer wurden. Die Ausstellung zeigt, dass der Mut von Einzelpersonen entscheidend für das Überleben vieler war: So halfen Lisa und Hans Fittko etlichen jüdischen Flüchtlingen über einen zuvor ausgekundschafteten Fluchtweg über die Pyrenäen nach Spanien. Der Journalist Varian Fry wiederum verschaffte im Auftrag des „Emergency Rescue Committee" vielen verfolgten Intellektuellen Visa, Geld und falsche Papiere.

Dass auch eine gelungene Flucht für die meisten Emigranten mit dem schmerzlichen Verlust ihrer Heimat verbunden war, belegen weitere Exponate. So war es vor allem für viele nach Lateinamerika Ausgewanderte schwer, sich in der für sie fremden Umgebung einzuleben. „Viele versuchen", heißt es in der Ausstellung, „auch in der Fremde den deutschen Lebensstil zu bewahren." Dazu gehört vor allem die Pflege der deutschen Kultur und Sprache.

Größere Bereiche von „Heimat und Exil" befassen sich mit den Aufnahmeländern USA und Palästina. Dank des Einsatzes vieler Medien und Originaldokumente bleibt die umfangreiche Ausstellung, die in Kooperation mit dem Bonner Haus der Geschichte entstand, spannend bis zum letzten Raum, der den Remigranten nach 1945 gewidmet ist.

Gudrun Giese

Bis 9. April 2007. Jüdisches Museum, Lindenstr. 9-14, 10969 Berlin.

„Persilscheine"

Die von den Alliierten versuchte „Entnazifizierung" Nachkriegdeutschlands stieß in der Bevölkerung auf erheblichen Widerstand.

Das Wort „Entnazifizierung" gehörte in den ersten Jahren nach der Befreiung vom Nationalsozialismus zum Umgangsdeutsch. Fast jeder Deutsche hatte etwas damit zu tun. Die Männer, weil sie Mitglied in irgendeiner NS-Organisation gewesen waren. Die Kinder, weil der Großvater, der Vater, der Onkel der NSDAP, der SA, der SS, der Polizei oder einer anderen Formation angehört hatte. Bereits während der Konferenzen von Jalta und Potsdam hatten die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges übereinstimmend beschlossen, „Nationalsozialisten und Militaristen" zur Verantwortung zu ziehen. Kaum hatten sie 1945 die Macht übernommen, begannen sie, Sondertribunale einzusetzen, um in ihrer Zone Nazis aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Dabei ging es anfangs drunter und drüber. Die USA, die UdSSR, England und Frankreich legten unterschiedliche, hin und wieder sogar gegensätzliche, Maßstäbe an.

Am konsequentesten gingen Amerikaner in ihrer Zone vor, zu der vor allem ganz Bayern gehörte. Überall wurden „Spruchkammern" eingerichtet. Die Laienrichter mussten politisch unbelastet sein und nach Möglichkeit zu NS-Opfern gehören. Sie hatten die Beschuldigten in fünf Gruppen einzuteilen: In Hauptschuldige (NS- und Kriegsverbrecher), Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete. Ihre Strafen hießen „Sühnemaßnahmen" und reichten von Gefängnis oder Internierung bis zu zehn Jahren über Amtsverlust, Berufsverbot, Pensionsverlust und Geldbußen bis zur Aberkennung des Wahlrechts. Gegen die Entscheidung der Spruchkammern konnte Berufung bei der „Berufungskammer" eingelegt werden. In den Besatzungszonen von Franzosen (Schwerpunkt Rheinland-Pfalz) und Engländern (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hamburg) war es ähnlich, wenn auch nicht identisch. In der sowjetischen Besatzungszone wurden Verdächtige vor „Sonderkammern" der Landgerichte gestellt. Das Durcheinander dauerte fast eineinhalb Jahre. Erst am 12. Oktober 1946, also vor 60 Jahren, einigten sich die vier Mächte auf die „Kontrollratsdirektive" Nr. 38, die in allen Zonen als Richtlinie dienen sollte. Der „Kontrollrat" war eine Einrichtung der vier Mächte, der unregelmäßig in Berlin tagte. In der neuen einheitlichen Richtlinie ging es um „a) die Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten, Militaristen und Industriellen, welche das nationalsozialistische Regime gefördert und gestützt haben, b) um die vollständige und endgültige Vernichtung des Nationalsozialismus und Militarismus durch Gefangensetzung oder Tätigkeitsbeschränkung von bedeutenden Teilnehmern oder Anhängern dieser Lehren, c) die Internierung von Deutschen, welche, ohne bestimmter Verbrechen schuldig zu sein, als für die Ziele der Alliierten gefährlich zu betrachten sind, sowie die Kontrolle und Überwachung von Deutschen, die möglicherweise gefährlich werden können."

Die einzelnen Vorschriften und besonders die Praxis der Spruchkammern blieben aber trotz der Einigung im Kontrollrat unterschiedlich. Gleichzeitig war der Widerstand in der Bevölkerung so stark, dass kaum jemand diese „Entnazifizierung" für gerecht und richtig hielt. Dass ausgerechnet Ernst von Salomon, Mitglied eines extrem rechten „Freikorps" und wegen Beihilfe zur Ermordung Walter Rathenaus zu fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, die Stimmung der deutschen Bevölkerung in seinem zynischen Roman „Der Fragebogen" traf, zeigt, auf welcher Seite die Bevölkerung gut ein Jahr nach der Befreiung stand. Man half sich millionenfach mit „Persilscheinen". Nach dem Werbespruch der Firma Henkel „Nichts wäscht so rein wie Persil" bescheinigten sich viele Deutsche gegenseitig, eine reine Weste bewahrt zu haben.

So gut die Absicht vor allem der Amerikaner war, den Nationalsozialismus zu vernichten und den Weg in die Demokratie zu ebnen, so erfolglos war die Praxis. Zu den ersten Zielen des Bundestages und der Bundesregierung gehörte es bereits 1949, die Spuren und Folgen der Entnazifizierung zu beseitigen. Rechte Parteien sahen darin eine Chance, sofort einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Dem stellte sich die SPD als einzige Fraktion im Parlament überzeugend entgegen. Fritz Erler bekannte sich schon damals zu dem Begriff „Befreiung" durch die Alliierten und warnte davor, dass das Ende der Entnazifizierung „nicht gleichzeitig zum Beginn der Renazifizierung wird." Das konnte bis heute verhindert werden.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Wechselstimmung bei den REP

Berlin – Björn Clemens, Bundesvize der Republikaner, soll nach dem Willen des Berliner Landesverbandes beim Parteitag im Dezember für den Bundesvorsitz antreten. Einstimmig habe sich eine Landesmitgliederversammlung dafür ausgesprochen, den Düsseldorfer Rechtsanwalt zur Kandidatur aufzufordern, berichteten die Berliner Republikaner. Clemens hatte bereits beim Parteitag vor zwei Jahren gegen den Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer kandidiert, mit rund 40 Prozent der Stimmen aber den Kürzeren gezogen. Front machen die Berliner Republikaner auch gegen den Abgrenzungskurs Schlierers gegenüber noch weiter rechtsaußen stehenden Parteien. Der Landesverband fordere, „Denk-, Sprech- und Kontaktverbote bezüglich anderer nationaler Parteien aufzuheben“. Der Parteitag müsse die Abgrenzungsbeschlüsse revidieren. (ts)

Haftstrafe für gewalttätigen NPD-Ordner

Itzehoe – Das Landgericht Itzehoe hat das erstinstanzliche Urteil gegen den NPD-Funktionär Peter von der Born bestätigt, der wegen Körperverletzung zu zehn Monaten Haft verurteilt wurde. Im Dezember 2004 hatte der im Ordnerdienst der Partei tätige Kieler, der bereits mehrfach für die NPD bei Wahlen kandidierte, sich an einer Gewaltorgie beteiligt, bei der gegen eine Saalveranstaltung der NPD in der Gemeinde Steinburg protestierende Demonstranten in Selbstjustiz attackiert und verfolgt wurden. Von der Born verteilte dabei Tritte gegen eine Person. In dieser Angelegenheit wird das Landgericht auch noch die Berufungen von Stefan Köster, NPD-Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern und dort gerade in den Landtag gewählt, sowie Ingo Stawitz, der dem Landesvorstand der Nationaldemokraten in Schleswig-Holstein angehört, verhandeln. Deshalb hat der Landtag von Schwerin direkt nach seiner konstituierenden Sitzung auch die Immunität Kösters aufgehoben. (hf)

NPD-Neuzugang

Deggendorf – Der bekannte Alt- und Neonazi Friedhelm Busse (Jg. 1929) hat sich wieder der NPD angeschlossen. Busse erhielt seinen NPD-Mitgliedsausweis persönlich vom NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt bei einer NPD-Veranstaltung in der Nähe von Deggendorf (Bayern). Busse gehörte der NPD bereits in den Jahren von 1965 bis 1971 an, dort wurde er wegen gewalttätiger Ausschreitungen ausgeschlossen. Der mehrfach vorbestrafte Busse war Vorsitzender der 1982 verbotenen Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBD/PdA) und der 1995 verbotenen Freiheitliche Deutschen Arbeiterpartei (FAP). Unter anderem wegen Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz saß Busse eine mehrjährige Haftstrafe ab. Eigenangaben von Busse zufolge trat er 1939 dem „Deutschen Jungvolk“ bei, wobei er es bis zum „Jungvolkführer“ brachte. 1944 meldete er sich mit 15 Jahren kriegstauglich und wurde dem Volkssturm zugeteilt. Später kam Busse dann zur 12. SS-Division „Hitler-Jugend“. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de